

Bericht über die Entwicklung in Polen

November 1961

1) Moskauer Parteitag im Zentrum des polnischen Interesses	Seite: 1
2) Diskussion auf dem IX. Plenum des ZK	9
3) Wissenschaftler verlangen Diskussionsfreiheit	10
4) GOMULKA zum Jahrestag der Oktoberrevolution	14
5) Gefährdete Berufsfreiheit der polnischen Rechtsanwälte	15
6) Polens Anteil an dem Aufbau des Kommunismus in der Sowjetunion	17

- - - - -

## 1) Moskauer Parteitag weiter im Mittelpunkt des polnischen Interesses

Während des Moskauer Parteitages verhielten sich die polnische Parteileitung und die Presse äußerst zurückhaltend. Auf strikten Befehl GOMULKAS, der selbst als Gast des Parteitages in Moskau weilte, verzichteterman in Polen praktisch auf jede eigene Stellungnahme zu den Problemen, die in Moskau aufgeworfen wurden. Der polnische Parteichef befürchtete, daß in Polen eine Diskussion über den Stalinismus wiederaufleben und unerwünschte Formen annehmen könnte.

Die Vorsicht der polnischen Parteileitung ging so weit, daß man sogar die Reden einiger Mitglieder des KPdSU-Präsidiums in Warschau einer Zensur unterwarf, wenn in ihnen detaillierte Angaben über verschiedene Verbrechen STALINS gemacht wurden.

Nach Warschau zurückgekehrt begriff GOMULKA, daß Schweigen auf die Dauer nicht möglich war. Eine Anzahl von Fragen mußten beantwortet werden.

Zuerst galt es den Polen zu erklären, daß der XXII. Parteitag in Moskau eine Etappe der Entstalinisierung einleitete, die in Polen schon längst erreicht werden sei. Dies war notwendig, um mögliche Erwartungen der Bevölkerung auf eine neue Wendung der Parteipolitik zu dämpfen. Es galt, dies in einer umsichtigen Weise mitzuteilen, damit man sich in Moskau nicht als "Zurückgeblieben" angegriffen glauben konnte. Dieses schwierige Unterfangen wurde in der parteiamtlichen "Trybuna Ludu" am 15. November gewagt. Dort heißt es u.a.:

"Die Beschlüsse des XXII. Parteitages sind für uns polnische Kommunisten eine Bestätigung für die Übereinstimmung zwischen der politischen Linie unserer Partei ... und der schöpferischen Linie der gesamten internationalen Arbeiterbewegung. Die Umwandlungen im Leben unserer Partei und unseres Staates - die in dem unvergesslichen VIII. Plenum vom Oktober 1956 Ausdruck fanden - entsprachen den internen Bedürfnissen unseres Landes. Der XX. Parteitag gab ihnen einen großen Impuls. Unsere Partei begriff die historische Bedeutung und den genesungbringenden Inhalt seiner Beschlüsse, nahm eine offene Diskussion mit der Bevölkerung über die in Moskau zu Tage gebrachten schädlichen Folgen des STALIN-Kultes auf und zog aus dieser notwendigen Kritik richtige und mutige Konsequenzen für unser Land.

Vor dem III. Parteitag der PZPR (April 1959) führten wir einen

schweren Kampf um die Konsolidierung der Partei, um die neue und richtige politische Linie; jetzt befinden wir uns in einer Periode dauerhafter Stabilisierung des politischen Lebens.

Die vergangenen Jahre belebten die theoretische und praktische Arbeit unserer Partei. Man kann hier auf solche Elemente unserer Praxis hinweisen, wie eine weite Konzeption der Demokratisierung des politischen Lebens, Festigung der Rechtsstaatlichkeit, Stärkung des Parlamentes, der Volksräte, der Arbeiterselbstverwaltung und der Bauernzirkel.

Die schöpferische Linie des XX. und XXII. Parteitages der KPdSU findet volles Verständnis unserer Partei. Diese Haltung... hatte einen großen Einfluß auf die gedeihliche Entwicklung der Beziehungen zwischen PZPR und KPdSU, zwischen Polen und der SU in den vergangenen fünf Jahren. Diese Beziehungen gestalten sich heute günstiger als je in der Vergangenheit."

Beachtenswert in diesem Artikel der "Trybuna Ludu" war weiter die Feststellung, daß "keine Problem für Polen lebenswichtiger ist, als der Sieg des Prinzips der friedlichen Koexistenz."

Acht Tage nachdem dieser Artikel erschienen war, gab Parteichef GOMULKA dem Plenum des Zentralkomitees der PZPR einen Bericht der polnischen Delegation über den Moskauer Parteitag. In diesem Bericht konnte der I. Sekretär eine Reihe von Problemen besprechen, die nicht nur für ZK-Mitglieder von Interesse waren.

Die Rede GOMULKAS bestand aus drei ungleichen Teilen. Im ersten pries er mit überschwenglichen Worten das in Moskau beschlossene Parteiprogramm der KPdSU. Er bezeichnete es als einen "schöpferischen, herrlichen Beitrag auf dem Gebiete von Theorie und Praxis" des Marxismus-Leninismus. Auf die in ihm aufgeworfenen Probleme werde die polnische Partei immer wieder in ihrer Arbeit zurückkommen - versprach der Parteichef.

Im zweiten, schon etwas umfangreicheren Teil der Rede sprach GOMULKA über die "Leninsche Idee der friedlichen Koexistenz".

Eine Anzahl seiner Äusserungen verdient, hier zitiert zu werden:

"Die Ideologen und Politiker der imperialistischen Bourgeoisie konstruieren einen angeblichen Widerspruch zwischen der These der friedlichen Koexistenz aller Staaten und der These, unvermeidlichen Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus im friedlichen Wettbewerb der beiden gesellschaftlichen Systeme. Wenn es hier einen Widerspruch gibt, dann nur einen wie zwischen Leben und Tod. Aber diese Art des Widerspruches ist nicht zu lösen. Menschen sterben und gesellschaftliche Systeme verschwinden. Friedliche Koexistenz bedeutet Eliminierung des Krieges in den Beziehungen zwischen beiden. Friedliche Koexistenz zwischen Sozialismus und Kapitalismus basiert auf der Erkenntnis, daß jedes Volk beeinflußt von den allseitigen Errungenschaften des Sozialismus und Kommunismus, die sozialistische Lebensform wählen und in seinem Lande das alte System auf einem friedlichen oder gewaltsamen Wege durch eine sozialistische Revolution stürzen wird."

Einer solchen Revolution, die von einem Volk sogar durch einen Bürgerkrieg vollbracht wird, kann man nicht die Idee der friedlichen Koexistenz zwischen einzelnen Staaten entgegensetzen, so wie das die imperialistische Bourgeoisie und ihre Fürsprecher tun. Heuchlerisch behaupten sie, daß sich hinter unserer These von der friedlichen Koexistenz der Staaten ein Streben nach Krieg als Mittel zum Weltsieg des Sozialismus verbirgt.

Sozialistische Revolution ist eine soziale Revolution und entsteht nicht aus einem Kriege, sondern durch die Klassengegensätze, die die kapitalistische Gesellschaft zerreißen. Diese Gegensätze werden durch imperialistische Kriege nur verstärkt, sie vergrößern die Unzufriedenheit der Werktätigen, und eine soziale Revolution wird für sie dann zur Lebensnotwendigkeit.

Kriege, die mit Imperialismus unzertrennlich verbunden sind, beschleunigen also eine sozialistische Revolution, bedingen sie aber nicht. Sozialismus kann Kapitalismus auch ohne Krieg besiegen, auf dem Wege der friedlichen Koexistenz.

Der Krieg hat seinen alten Sinn ohnehin schon verloren. Frühere Kriege hatten noch Alternative: Sieg oder Niederlage. Ein nuklearer Krieg

hat diese Alternative nicht, er besteht nur aus einem Element: Der Niederlage, oder genauer gesagt der Katastrophe, von der die ganze Menschheit betroffen werden würde."

Nachdem er durch seine erstaunlich offenen (dies verdankt man der ideologischen Kontroverse mit den Chinesen) Ausführungen allen "Kapitalisten" die Idee der friedlichen Koexistenz ein wenig schmackhaft gemacht hat, widmete sich GOMULKA dem dritten, wichtigsten und umfangreichsten Teil seiner Rede. Er war der Frage des Personenkultes gewidmet.

Man kann sich leicht denken, warum GOMULKA bis zu seiner Rede jede öffentliche Erörterung der Verbrechen STALINS und der Entartungen des Stalinismus verhindern wollte. Der polnische Parteichef hat eine Eigenschaft, die im Laufe der letzten Jahre immer stärker hervortrat: Er traut dem guten Willen und dem gesunden Verstand anderer Menschen wenig und glaubt deswegen, alle wichtigeren Sachen persönlich erledigen zu müssen. Sein Mißtrauen, ja seine tiefe Abneigung richtet sich gegen alle Intellektuellen, insbesondere gegen Presseleute. Er wollte dieses delikate und gefährliche Thema selbst als erster behandeln und damit die gültigen Sprachregeln für weitere Diskussionen geben, soweit sie überhaupt erwünscht sind.

Man muß GOMULKA zugestehen, daß seine Stellungnahme zu dem ganzen Fragenkomplex des Stalinismus weitgehender und aufschlußreicher war, als das, was Moskau während des Parteitages in vielen Reden verkündete. Er beschränkte sich nicht darauf, eine (sehr unkomplette) Liste der stalinistischen Verbrechen aufzuzählen, sondern versuchte gewissen Fragen auf den Grund zu gehen, was in Moskau bewußt versäumt wurde. Am besten wird das durch Zitate aus seiner Rede illustriert:

"Der Parteitag beschloß die Entfernung des Leichnams Stalins aus dem Lenin-Mausoleum. Dieser Beschluß war die einfache Konsequenz der Enthüllung von Verbrechen vor der Öffentlichkeit, welche zu Zeiten Stalins begangen wurden und für die er die volle moralische und politische Verantwortung trägt. Niemand verleugnet, daß STALIN ein großer Revolutionär war und im Kampf der Partei und des Volkes um die Verwirklichung des Sozialismus Verdienst erworben hatte. Nichts kann jedoch das Riesenausmaß des Schadens entschuldigen und vergessen lassen, das der Kult um seine Person, dem er sich keineswegs entgegenstellte, sondern den er nach Kräften unterstützte, der

Sache des Sozialismus zufügte.

- + Von allen Seiten wird die Frage gestellt, wie der Personenkult
  - + überhaupt entstehen konnte und warum diese Seite des Problemes
  - + vom XXII. Parteitag nicht vollständig aufgeklärt wurde,
- Es ist notwendig, daß auch unsere Partei sich dazu äußert und Stellung nimmt. Gewiß haben hier die sowjetischen Genossen mehr zu sagen. Wenn sie bis jetzt nicht alles zum Thema der Entstehung des Personenkultes gesagt haben, so wird es wohl dazu noch zu früh sein.

Unserer Meinung nach genügt es, um die Ursachen des Personenkultes zu begreifen, wenn man sich die Umstände vergegenwärtigt, unter welchen die Sowjetunion den Sozialismus aufbaute und welche Charaktereigenschaften Stalin besaß.

Die Sowjetunion hatte eine sehr schmale ökonomische Basis vom Zaren-Rußland geerbt, als sie mit dem sozialistischen Aufbau begann. Die soziale Basis bestand wiederum aus einer kleinen aber sehr kämpferischen und zielbewußten Arbeiterklasse, neben der eine Bauernklasse existierte, die eine entscheidende Mehrheit im vielvölkigen Lande hatte. Der Sozialismus als gesellschaftliches System wurde in einem Lande gebaut, das von einer feindlichen kapitalistischen Welt eingekreist war. So schwierige Bedingungen des sozialistischen Aufbaues hatte kein anderes sozialistisches Land und keines wird sie je haben."

"Unter diesen Umständen mußte der sowjetische Staat ... im Kampfe gegen die Feinde des Sozialismus rücksichtslos vorgehen. Die Partei durfte nichts dulden, was ihre innere Einheit, ihre kämpferische Kraft schwächen könnte. Sie mußte die Trozkisten in ihren Reihen, die nicht an die Möglichkeit des Aufbaues des Sozialismus in einem Lande glaubten, was praktisch eine Kapitulation der Revolution bedeutete. Sie durfte auch andere oppositionelle Gruppen nicht dulden, die in Anbetracht der Schwierigkeiten falsche Lösungen wählten.

Führer der Opposition hätte man aus der Partei ausschliessen und damit den Kampf mit ihnen beenden sollen. Aber Stalin, geleitet von seinem despotischen Charakter, veranstaltete ein Blutbad.

Die Sowjetunion mußte, um leben zu können und Zukunftsaussicht zu haben, vor allem schnell die Industrie aufbauen. Die Mittel zu diesem Aufbau mußte sie aus der eigenen Wirtschaft schöpfen, und hier überwog die Landwirtschaft. Aus ihr wollte man den größten Teil der Mittel zur Industrialisierung des Landes nehmen. Bei zerstückelten Bauernhöfen war dies nicht möglich. Die Kollektivierung ... wurde eine Notwendigkeit...

Wir wissen..., daß die Kollektivierung auf den Widerstand der reicheren Bauern stieß, was ... vorübergehend eine Senkung der landwirtschaftlichen Produktion verursachte. Infolge dessen wurde es schwieriger, die Arbeiterklasse und die Stadtbevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen.

Der Widerstand der Kulaken nahm große Ausmaße und scharfe Formen an, einschließlich Sabotage, Diversion und Mord. Das mußte Repressalien der staatlichen Organe hervorrufen. Darin liegt nichts außergewöhnliches. Die Ausmaße der Repressalien müßten jedoch in einem von der Diktatur des Proletariats regierten Staate den Ausmaßen der Konterrevolution entsprechen, den Feind treffen und nicht blindlings angewendet werden. Die von Stalin beaufsichtigten und inspirierten Organe, die zum Kampfe gegen Feind und Konterrevolution berufen waren, haben leider dieses Maß verloren. Es scheint uns, daß der Mißbrauch der Macht in der Zeit begann, in der die Kollektivierung des sowjetischen Dorfes ihren Anfang nahm.

Zu dieser Zeit beginnt der Prozeß der wachsenden Rechtlosigkeit, der Verletzung der sozialistischen Rechtsstaatlichkeit, des Heranwachsens der Angst. Auf diesem Boden entwickelt sich der Personenkult, der Kult Stalins. Die durch und durch mißtrauische Natur Stalins suchte überall nach Verrat und tötete seinen gesunden Verstand... Der Rechtsgrundsatz des Heiligen Offiziums, von der katholischen Kirche in der Inquisitionszeit geübt, daß ein durch Folter erzwungenes Schuldbekentnis ein Beweis ist, ... fand breite Verwendung in der sowjetischen Rechtspflege.

... Furcht bemächtigte sich der Menschen, Mißtrauen gedieh, es entstand eine Atmosphäre der Spionenjagd. Die Organe (des NKWD) wurden immer unabhängiger von der Partei und bald standen sie über der Partei.

Die Partei konnte ihre Funktion nicht mehr richtig ausüben, sie unterlag dem Willen und dem Druck des apodiktischen Stalin. Aus dem organisatorischen Grundprinzip der Partei - dem demokratischen Zentralismus - wurde der Begriff der Demokratie gestrichen und es blieb nur Zentralismus. Entscheidungen kamen von oben, und oben saß Stalin.

So mancher Kommunist sah ein, daß der Lauf der Dinge nicht normal war. Manche sahen, daß viele Beschuldigungen und Repressalien unbegründet waren. Sie standen aber vor dem Dilemma: Was tun?

Die Haltung der Kommunisten kann man nicht allein durch die Atmosphäre der Furcht erklären. Klar, jedem ist sein eigener Kopf teuer, aber Kommunisten sind ein mutiges und idealistisches Volk. Sie haben durch ihre ganze Geschichte der Revolutionskämpfe bewiesen, daß ihnen die Sache des Sozialismus mehr wert ist als ihr eigener Kopf.

Jeder Kommunist mußte sich aber darüber Gedanken machen, ob er dem Sozialismus nicht schadet, wenn er sich Stalin entgegenstellt. In der Situation, in der sich damals die Sowjetunion befand, machte eine solche Überlegung die Kommunisten gegenüber Stalin wehrlos. Wir kennen das sehr gut aus der Geschichte unserer eigenen Partei, der Kommunistischen Partei Polens.

Viele Genossen, die keine Angst vor Gefängnis und Tod hatten, wollten nicht einmal mit ihren höchsten Angehörigen darüber sprechen, wie verbrecherisch in den Jahren des Personenkultes zahlreiche Kader der polnischen Kommunisten vernichtet wurden. Dabei waren sie selbst überzeugt, daß die Verhafteten und Hingerichteten völlig unschuldig waren. Sie wollten deswegen nicht darüber sprechen, weil sie die Idee des Sozialismus nicht schädigen wollten, weil sie keine Argumente für die antisowjetische Hetzerei liefern wollten."

Noch zwei andere Fragmente der Rede GOMULKAS verdienen hier Erwähnung. Bei der Verurteilung der Haltung Albaniens wies GOMULKA darauf hin, daß von 80 kommunistischen Parteien, die ihre Vertreter zum Moskauer Parteitag geschickt haben, nicht eine einzige die Richtigkeit der sowjetischen Kritik in Frage gestellt hätte.

"Nur der Vertreter der Kommunistischen Partei Chinas verteidigt die Meinung, daß der Streit mit den Albanern nicht nach außen getragen



werden und sämtliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien auf dem Wege der internen Konsultation beseitigt werden sollten.

Diese Meinung kann man schwerlich im Falle Albaniens teilen, wo alle Versuche, die Streitigkeiten auf internem Wege zu lösen, zu keinem Ergebnis führten."

Im letzten Satz sprach GOMULKA zum ersten Male eine öffentliche Kritik an der chinesischen KP aus. Damit verließ er die Linie, die auf seinen Wunsch von der PZPR gegenüber China bisher beachtet wurde: Niemals in der Öffentlichkeit die chinesische KP zu tadeln. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß GOMULKA das nur unter Druck CHRUSCHTSCHOWS tat und nicht etwa aus eigenem Übereifer.

Eine zweite interessante Stellungnahme GOMULKAS bezieht sich auf die von der KP Italiens vertretene These des Polyzentrismus. Bei seiner Polemik nannte der polnische Parteichef die Italiener nicht beim Namen:

"Manche Genossen aus kommunistischen Bruderparteien glauben, daß es in der heutigen Situation, bei der weiteren Verbreitung der internationalen kommunistischen Bewegung, die unter verschiedenen objektiven Bedingungen arbeiten muß, notwendig sei, die Unterschiede der politischen Tätigkeit und der Arbeitsmethoden zu berücksichtigen und ein von ihnen nicht näher präziertes System des Polyzentrismus einzuführen. ■

Es gibt heute kein Zentrum, von dem aus man die Arbeit der einzelnen kommunistischen Parteien leitet. Ein solches Zentrum ist auch nicht notwendig. Es muß auch daran gezweifelt werden, ob es regionale Zentren dieser Art geben soll, was die Zweckmäßigkeit der Parteiberatungen auf regionaler Basis zwecks Austausches von Informationen und Erfahrungen absolut nicht ausschließt... Jede Partei ist voll selbständig, autonom und trägt die ganze Verantwortung für das Land, das sie regiert...

Die Grundprinzipien der Politik und Arbeit für alle kommunistischen und Arbeiterparteien sollen ausgearbeitet werden und sind ausgearbeitet worden in den Jahren 1957 und 1960 bei den gemeinsamen Beratungen. In diesen Dokumenten sollte jede Partei einen zentralen und internationalen Leitsatz für ihre Arbeit sehen."

Zweifellos auf Wunsch CHRUSCHTSCHOWs erteilte GOMULKA den Vorschlägen der italienischen Kommunisten eine Abfuhr. Charakteristisch ist, daß er dabei eine zentralistische Lenkung der kommunistischen Bewegung ebenso entschieden ablehnte und für die Autonomie der einzelnen Parteien plädierte.

## 2) Diskussion auf dem IX. Plenum des ZK

Es dürfte für den Parteichef GOMULKA eine Überraschung gewesen sein, daß er sich während der Diskussion über seinen Bericht plötzlich dem Angriff gegenüber sah, die Kollegialität in der PZPR-Leitung lasse manches zu wünschen übrig. Der Vorwurf kam von einer kleinen Gruppe von ZK-Mitgliedern, die in der Partei völlig einflußlos ist. Nichtsdestoweniger war der Vorwurf kaum unbegründet.

GOMULKA ist zwar kein Despot im Stil STALINS, aber er hat jedoch etwas von einem "väterlichen Haustyrannen". Eine vielgelesene Zeitschrift in der Bundesrepublik bezeichnete es vor kurzem trefflich als "patriarchalische Neigung." Der Parteichef behandelt viele seiner nächsten Mitarbeiter, als wären sie nicht mündig. Bei manchen anderen, die er durchaus für mündig hält, glaubt er, sie würden alle möglichen Fehler begehen.

Die Tatsache, daß er vor fünf Jahren der einzige Mensch war, der Polen vor dem Schicksal Ungarns bewahren und erträgliche Lebensbedingungen schaffen konnte, gibt ihm das Bewußtsein der Überlegenheit gegenüber allen anderen polnischen Parteiführern. Die Umgebung GOMULKAS räumt gerne ein, daß es ein Glück für die Partei, das ganze Land, für alle war, daß man in der Entscheidungsstunde auf einen Mann wie ihn zurückgreifen konnte. Diese Umgebung ist aber der Meinung, daß nicht jeder Tag eine Entscheidungsstunde bringt, und daß bei der täglichen Routinearbeit Eigeninitiative aller möglich sein sollte.

Die interne Situation in Polen und im Ostblock erlaubte GOMULKA, seine Machtfülle zu erreichen, die er nie haben könnte, wenn diese beiden Faktoren ihn nicht gleichzeitig begünstigt hätten. Seit dem dritten Parteitag (April 1959) gilt die Position GOMULKAS in der Partei mit Recht als unerschütterlich. Die Stalinisten mußten ihren Kampf gegen den Parteichef aufgeben, weil sie nirgends Unterstützung fanden, die Revisionisten wurden aus allen Parteiämtern entfernt und andere Gruppen, die mit

oppositionellen Gedanken spielen könnten, sahen bald ein, daß sie mit GOMULKA eine Interessengemeinschaft verbindet, die stärker als taktische Differenzen ist.

Der Vorstoß einiger ihm nicht wohlgesonnener ZK-Mitglieder kann dem Parteichef nicht gefährlich werden, wenigstens nicht gleich. Die entschlossene Mehrheit des ZKs würde nicht akzeptieren, daß GOMULKA als Parteichef von einem anderen prominenten Kommunisten ersetzt wird. Der I. Sekretär muß aber damit rechnen, daß immer mehr Leute in der Parteileitung auf ihn einwirken werden, um Mitbestimmungsrecht geltend zu machen. Der XXII. Parteitag könnte also auf lange Sicht eine Schmälerung seiner jetzigen Machtfülle verursachen.

### 3) Wissenschaftler verlangen Diskussionsfreiheit

In den Wochen nach dem Moskauer Parteitag begann in Polen eine aufsehenerregende Diskussion. Beteiligt an ihr sind Wissenschaftler verschiedener Richtungen, hauptsächlich Volkswirte und Rechtswissenschaftler. Ausgetragen wurde diese Diskussion bisher zum Teil vor der Öffentlichkeit, und zwar in den Wochenzeitschriften, kürzlich sogar in der Tagespresse. Thema dieser Diskussion: Freiheit der wissenschaftlichen Arbeit.

Den bisher interessantesten Beitrag zu dieser Diskussion lieferte ein Rechtswissenschaftler, Prof. Stanislaw EHRlich. Seine Stimme gewinnt noch dadurch an Bedeutung, daß sein Beitrag in dem vielgelesenen Warschauer Blatt "Zycie Warszawy" (vom 9. 12. 1961) veröffentlicht wurde. Was EHRlich zum Thema der freien wissenschaftlichen Diskussion zu sagen hatte, ist von solcher Bedeutung, daß man hier längere Auszüge kennen muß:

"... Es stellte sich heraus, daß das geistige Klima, das nach dem XXII. Parteitag entstand, für ein Wiederaufleben der Freiheit der wissenschaftlichen Diskussion günstig ist..."

Ich sehe zwei Faktoren, die eine freie wissenschaftliche Diskussion behindern. Die erste war mit dem Mißständen in unserem politischen Leben verbunden. Auf politischen Gebiet sind zum größten Teil diese  
+ Hindernisse, die eine Entwicklung des wissenschaftlichen Geistes  
+ bremsen, beseitigt worden. Die grundsätzliche Haltung der Parteileitung in dieser Frage schuf günstige Voraussetzungen, um neue Forschungsgebiete zu erschliessen, was in der Zeit der dogmatischen Fesselung

---

unmöglich war Eine Belebung stellte sich deutlich auf den Gebieten Volkswirtschaft, Soziologie, Philosophie und Geschichte ein.

- + Jedoch die Verfehlungen auf sozialwissenschaftlichem Gebiet hatten ihre
- + Ursache im wissenschaftlichen Milieu, in seinen Sitten, Schwächen
- + und Starrheiten."

Hier wird also gleich deutlich, daß der Vorstoß des Professors sich nicht gegen die Politik der Partei richtet, sondern die Wurzel des Übels im eigenem Garten sucht. Das erklärt mindestens zum Teil die Schärfe seiner späteren Ausführungen. EHRLICH schreibt also weiter:

"Wir können uns nicht trösten, wie Prof. Krzyzanowski (Julian Krzyzanowski, Professor für polnische Literatur an der Warschauer Universität, beteiligte sich an der Diskussion mit einem Artikel in "Przeglad Kulturalny") es tut:

'Heute wie immer kämpft der wissenschaftliche Geist mit verschiedenen Hindernissen. Manchmal siegt und manchmal verliert er. Zum Trost muß man sich sagen, daß die heutige Niederlage sich morgen in einem Triumph verwandeln kann, aber in der Wissenschaft kommt dieses "'morgen"' manchmal erst nach Jahrhunderten.'

So lange aber können wir nicht warten. Die sozialistische Wissenschaft braucht keine Heiligen und Märtyrer."

"Es muß gesagt werden: Wenn wir auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Arbeit kein vollständig entsprechendes Klima schaffen, ich spreche nicht einmal von institutionellen Garantien, so wird es keine günstigen Voraussetzungen für fruchtbare wissenschaftliche Forschungen geben. Man soll nicht damit rechnen, daß eine politische Überwindung des Personenkultes automatisch günstige Ergebnisse auf wissenschaftlichem Gebiete zeitigt.

Der sogen. Personenkult verschonte auch die Wissenschaft nicht, obwohl er auf diesem Gebiete andere Formen annahm, als bei politischer Tätigkeit. Der Personenkult darf nicht nur mit einer einzigen Person in Verbindung gebracht werden und auch nicht mit dem Zwang gewisser Methoden von oben. Er wuchs auch von unten herauf, ihn schufen jene Eifrige, die sich freiwillig an Politiker wandten, ihre Dienste anboten und einen Grad von Wachsamkeit entwickelten, den man mit

wissenschaftlichen Begriffen kaum zu qualifizieren vermag.

In solchem Klima fanden sich manchmal usurpatorische Beschützer ganzer wissenschaftlicher Disziplinen, die auch heute noch, in einer völlig veränderten politischen und wissenschaftlichen Lage, ihren hemmenden Einfluß ausüben wollen. Sie befleissigen sich natürlich einer übertriebenen Vorsicht, gepaart mit Konservatismus des Denkens und Methoden, die jedem Erneuerungsversuch der wissenschaftlichen Forschung Mißtrauen entgegenbringen.

Die Verteidigung der wissenschaftlichen Toleranz ist mit dem Kampf gegen Rückversicherer und konservativen Dogmatismus untrennbar verbunden. Hätten solche Leitsätze den Forschungsgeist Pasteurs gehemmt, so würden die tollwütigen Hunde noch heute der Alptraum unserer Tage sein. In sozialen, also auch juristischen Wissenschaften kann nichts anderes (als für Medizin) gelten.

Fehler sind bei Forschungsarbeiten unvermeidlich und sollten durch wissenschaftliche Diskussionen korrigiert werden. Wahrheit kommt, wie ein französisches Sprichwort sagt, durch den Zusammenstoß der Meinungen zur Eruption, aber nicht durch die Zusammenstöße zwischen der Wissenschaft und wissenschaftlicher Bürokratie.

Sprechen wir es offen aus: Der Forschungsgeist kann nicht umhin, den bestehenden Stand der Wissenschaft zu revidieren, er muß ihn immer wieder neu kontrollieren, wenn er neue Fortschritte machen will. Das tut jede neue Generation von jungen Wissenschaftlern, wenn sie nicht in Marasmus versumpfen will.

Eine falsche Wachsamkeit auf dem Gebiete der Forschungsarbeit, eine im voraus dekretierte Grenzziehung für beabsichtigte Forschungsarbeit (eine sogen. Freiheit der Wissenschaft in den Grenzen des Marxismus, die weiß Gott von wem festgesetzt wurden) haben uns schon sehr viel gekostet. Nicht nur die Relativitätstheorie wurde verdammt. Im Namen der Wachsamkeit verweigerte man den Volkswirtschaftlern Zutritt zu statistischen Quellen. Oft hat man bei uns die Frage der Parteilichkeit in der Wissenschaft hervorgehoben. Und was bedeutet das eigentlich?

- + Es darf nichts anderes bedeuten als eine kompromisslose Befürwortung
- + der wissenschaftlichen Wahrheit. Das und nur das braucht die Partei. Und nur so verstand Lenin die Parteilichkeit der Wissenschaft."

Was läßt sich zu diesen äußerst bedeutungsvollen Ausführungen noch sagen? Die internen Zustände in der Welt der Wissenschaftler und der Bevormundung mußten auch nach dem Oktober unerträgliche Formen behalten haben. Der Artikel EHRlichS ist mit soviel Galle geschrieben, daß sich leicht ahnen läßt, wie widerwillig sich die Wissenschaftler nach dem Oktoberumschwung berormunden ließen.

Es scheint kein Zweifel mehr möglich, daß eine Gruppe von Parteifunktionären, die für die Beaufsichtigung der Wissenschaft abkommandiert waren, sich die Tatsache zunutze machten, daß die Männer der Parteiführung in den meisten Fällen nicht kompetent genug waren, um die Lage auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Freiheit (bezw. Unfreiheit) zu überblicken. Hier hat sich der Fehler gerächt, den GOMULKA beging, als er seinen Freund Wladyslaw BIENKOWSKI aus der Partei und der Regierung ausbootete. Er war einer der wenigen, der den "wissenschaftlichen" Bürokraten den Garaus machen konnte.

Die von GOMULKA geleitete Partei schien auch nicht zu wissen, welche Stellung sie in Bezug auf die wissenschaftliche Freiheit wirklich einnehmen soll. Vieles hat man beim alten gelassen, weil man einfach nicht wußte, was und wie es geändert werden soll.

Die Kritik Professor EHRlichS ist nicht vereinzelt. Wie gesagt, beteiligten sich an ihr schon vorher mehrere Professoren, unter ihnen befand sich auch ZK-Mitglied und Vize-Präsident Volkspolens, Prof. Oskar LANGE. Es kann also gar nicht die Rede davon sein, daß die professorale Kritik ohne Wissen und Einverständnis GOMULKAS geführt wird.

Anders verhält es sich, wenn es sich um die Ausmaße der Kritik und die Art der aufgestellten Postulate handelt. Die Diskussionsbeiträge anderer Professoren waren, verglichen mit den Ausführungen Prof. EHRlichS, relativ zahm. Man soll nicht denken, daß der Kontrollapparat der PZPR, also auch die Zensur, immer tadellos funktioniert. Gerade das Gegenteil ist hier Tatsache. Wenn ein Zensor grünes Licht für die Diskussion über die

wissenschaftliche Freiheit bekam, so hat man ihn sicher nicht instruiert, wie weit die Diskutanten vorgehen dürfen. Es bleibt noch die Zensur der Redaktion, aber auch diese besitzt präzise Instruktionen nur für Sonderfälle. Was EHRLICH über die "Freiheit in Grenzen des Marxismus" und über die "Parteilichkeit der Wissenschaft" ausspricht, klingt vom parteiamtlichen Standpunkt so unverschämt und ketzerisch, daß man stark zweifeln muß, ob die Partei die Thesen des Professors akzeptiert. Auf dem XXII. Parteitag konnte man keine Andeutung finden, die eine solche Wendung in der Haltung der Partei gegenüber der Wissenschaft erlauben würden. Man könnte verschiedene Hypothesen aufstellen und behaupten, daß in Polen wieder etwas vorweggenommen wird, was in der Sowjetunion erst nach Jahren zum Durchbruch kommt. Der Gedanke an Polen als Experimentierfeld des Ostblocks ist sehr kühn, und es fehlen handfeste Beweise für diese Annahme.

Wenn Prof. EHRLICH die zulässigen Grenzen der Diskussionsfreiheit verlassen hat, wird man das bald durch die Reaktion der Partei erfahren. Sollte GOMULKA aber der Ansicht gewesen sein, daß man nach dem XXII. Parteitag ein Sicherheitsventil aufmachen mußte und die Diskussionsfreiheit der Wissenschaftler zuließ in der Annahme, daß die breite Öffentlichkeit sich für solche Sachen kaum erwärmen wird, so beging er einen schweren Fehler. Der Artikel EHRLICHs ist dynamitgeladen. Eine vollständige Aufhebung jeder Kontrolle der Partei über die Wissenschaft (und das verlangt doch der Professor) würde wahrscheinlich auf allen Gebieten der reglementierten Kultur (und nicht nur Kultur) zu Kettenreaktionen führen. Solche Kettenreaktionen wären bestimmt nicht leicht einzudämmen.

#### 4) GOMULKA zum Jahrestag der Oktoberrevolution

Auf einem Empfang der sowjetischen Botschaft in Warschau anlässlich des Jahrestages der russischen Oktoberrevolution brachten der polnische Parteichef und der sowjetische Botschafter ARISTOW Trinksprüche aus. GOMULKA hob in seinem Toast hervor, daß Polen mehr als irgendein anderes Volk der Oktoberrevolution und der Sowjetunion zu Dank verpflichtet ist. Einmal war es nach Ansicht GOMULKAs die Oktoberrevolution, die Polen die Unabhängigkeit brachte (nach dem ersten Weltkrieg). Zweitens während des letzten Krieges, als Polen von HITLER überfallen wurde.

"Das polnische Volk stand vor der schrecklichsten Gefahr seiner ganzen Geschichte, vor der Gefahr einer völligen Exterminierung... Und wenn wir als Volk überlebten, wenn Polens Name auf den Weltkarten noch figuriert, wenn das polnische Volk auf seinem Boden lebt, wohnt und gedeiht, so verdanken wir das der Sowjetunion und ihrer heldenhaften Armee, die uns von der bestialischen Nazi-Besatzung befreit hat...

Der Sowjetunion verdankt Polen, daß es in den Besitz seiner alten polnischen Gebiete an der Oder, Neiße und Ostsee kam. Niemand soll hier denken, wir verlangen von den Westmächten Anerkennung der in Potsdam festgesetzten Westgrenze Polens, will wir ohne solche Anerkennung dieser Gebiete nicht sicher sind. Wir verlangen... diese Anerkennung... nur mit Rücksicht auf die Erhaltung des Friedens in Europa und der Welt. Wir wollen dadurch den westdeutschen Revisionisten und Militaristen den Boden unter den Füßen wegziehen."

Mit seiner an die Adresse der sowjetischen Gastgeber gerichteten Beteuerung er hält die Oder-Neiße-Grenze auch ohne westliche Anerkennung für genug gesichert, bestätigte GOMULKA nur, was seit einiger Zeit öffentliches Geheimnis ist: Polen sucht zwar nach einer westlichen Garantie für seine Grenze, fürchtet aber gleichzeitig, durch diese Bemühungen die Sowjets zu verstimmen.

#### 5) Berufsfreiheit der Rechtsanwälte gefährdet

6.000 polnische Rechtsanwälte erfreuen sich seit dem Oktober 1956 in einem Ausmaß der Freiheit ihres Berufes, die sich mit den Verhältnissen in westlichen Ländern durchaus vergleichen läßt. Die Praxis der stalinistischen "Rechtspflege", die den Rechtsanwalt als einen Helfer des Staatsanwaltes betrachtete, wurde vor fünf Jahren gründlich abgeschafft. Wer heute in Polen mit der Justiz in Berührung kommt und einen Verteidiger braucht, kann in der Regel auch sicher sein, daß er von ihm wirklich verteidigt wird.

Der Rechtsanwaltberuf gehört im verarmten Polen zu den am besten bezahlten. Genau wie im Westen will ein guter Anwalt gut bezahlt werden, nur im Vergleich zum Westen verdient ein Durchschnittsmensch in Polen unsagbar wenig.



Gutverdienende Anwälte sind vielen Parteifunktionären und auch vielen Menschen, die ihre Hilfe in Anspruch nehmen müssen, ein Dorn im Auge. Natürlich gibt es unter den Anwälten eine Anzahl von rücksichtslosen Ausbeutern ihrer Klienten. Nicht alle können der Versuchung widerstehen, sich mit allen Mitteln und möglichst schnell zu bereichern. Es gibt relativ viele Fälle von Kriminalität unter ihnen, sicher mehr, als es in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen sein würde.

Seit einiger Zeit wird von der Partei auf diese Mißstände unter den Rechtsanwälten hingewiesen. Die Parteipresse verlangt eine Säuberung der Anwaltschaft, man verlangt verstärkte Kontrolle der Rechtsanwälte durch politische und berufliche Organisationen.

Der Ruf nach Kontrolle scheint das eigentliche Ziel dieser Kampagne gegen die Rechtsanwaltschaft zu sein. Während der letzten fünf Jahre haben sich die Rechtsanwälte zu einer Berufsgruppe entwickelt, die sich jeder wirksamen Kontrolle durch die Partei zu entziehen wußte. Trotz aller demokratischen Freiheiten ist Polen doch ein totalitärer Staat, regiert von einer Partei, die alle Lebensgebiete beeinflußt und beaufsichtigt. Die Partei betrachtet mißtrauisch alles, was sich ihrem Einfluß und ihrer Aufsicht zu entziehen sucht.

Man bezichtigte die Rechtsanwälte nicht nur krimineller Delikte, sondern man warf ihnen auch vor, sie überschritten oft die Grenzen der Redefreiheit ("Trybuna Ludu" vom 8. 11. 1961). Der letzte Vorwurf beweist nur, daß die Verteidiger ihre Pflichten gegenüber den Klienten erst nahmen.

Es ist nicht ganz klar, wie weit man die Anwälte einer Kontrolle unterwerfen will und wie sich das auf die Interessen ihrer Klienten auswirken würde. Man spricht davon, daß man die Anwälte in eine Art Kollektiv zwingen will, es ist aber nicht klar, ob sie in diesen Kollektiven weiter freiberuflich oder als Angestellte arbeiten sollen. Das letzte würde ihren Verteidigereifer weitgehend dämpfen, das ist aus vielen Gründen ersichtlich. Es läßt sich z.B. eine Prämie aussetzen für Anwälte, die niemals wegen Überschreitung der zugelassenen Grenzen der Redefreiheit vom Gericht gemahnt wurden...

## 6) Polens Anteil an dem Aufbau des Kommunismus in der Sowjetunion

Bei der Besprechung des Programms der KPdSU weist man in der polnischen Presse oft auf die wirtschaftlichen Perspektiven hin, die eine beschleunigte Entwicklung der Sowjetunion zum kommunistischen System für Polen eröffnen würden. So schreibt z.B. "Trybuna Ludu" am 21. November:

"Der Ausbau der sowjetischen Rohstoffbasis wird ohne Zweifel die Versorgung unserer Industrie mit Rohstoffen erleichtern und helfen, die Engpässe in dieser Versorgung zu beseitigen. Es ist nicht schwer vor auszusehen, daß die Steigerung der Eisenerzhförderung (in der Sowjet-Union) Polen ... erlauben wird, größere Lieferungen auszuhandeln, deren Fehlen heute der weiteren Entwicklung unserer Eisenhütten und Stahlwerke eine Grenze setzt...

Zur Verwirklichung der Pläne des kommunistischen Aufbaues wird die Sowjetunion große Mengen von Maschinen, Halbprodukten und anderer Waren aus sozialistischen Ländern, also auch aus Polen brauchen. Es besteht also die Möglichkeit eines vergrößerten Absatzmarktes für die Erzeugnisse der polnischen Industrie."

Polens Anteil am Aufbau des Kommunismus in der Sowjetunion soll sich aber nicht darauf beschränken, eine Erhöhung der Umsätze im Außenhandel zu erzielen. Darüber kann man Interessantes in einem schon am Anfang dieses Berichtes zitierten Artikel der "Trybuna Ludu" vom 15. November lesen:

"Die Errungenschaften der SU und anderer sozialistischer Staaten... schufen günstige Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus in unserem Lande. Die im Programm der KPdSU formulierte Perspektive eines mehr oder weniger gleichzeitigen Überganges aller sozialistischen Länder zum Kommunismus bezieht sich also voll auf auch auf unser Land. Was manchem also wie eine scheinbar sehr entfernte, theoretische Überlegung vorkommt, erscheint unserer Partei und der polnischen Bevölkerung als eine konkrete Frage der Zukunft...."

Die allgemeinen Regelmäßigkeiten des Aufbaues des Kommunismus werden langphasige Umgestaltungen in unserem gesellschaftlichen Leben zeitigen, wobei, genau wie während des Aufbaues des Sozialismus, diese Umgestaltung sich unseren spezifischen Bedingungen, Möglichkeiten und nationalen Bedürfnissen anpassen werden."